

## Bildungskleeblatt: Hochglanz mit Lackschäden

Beat Unternährer, Grossrat, Leiter Arbeitsgruppe BKS der SVP-Fraktion, Unterentfelden

Es gäbe im Schulwesen tatsächlich Einiges zu verändern, um die Jugend besser auf die Zukunft vorzubereiten. Im Vordergrund steht ein grundsätzliches Überdenken der stofflichen Bildungsinhalte. Wirtschaft und Hochschulen beklagen den Rückgang in Basisfertigkeiten (sprachliche Ausdrucksfähigkeit, Rechnen/Mathematik); der früher hochgehaltene Staatskundeunterricht fehlt häufig gänzlich - er wäre Voraussetzung für das Funktionieren der Demokratie. Andererseits wird überholtes Lerngut mitgeschleppt, dessen praktischer Nutzen fraglich ist, das aber neuen Bereichen im Wege steht wie zum Beispiel Ökologie, richtiger Umgang mit Informationsmitteln oder stufengerechter Zugang zur Weltsprache Englisch. Stattdessen wird gewurstelt, werden fächerübergreifende Gefässe ohne Zielsetzung erfunden, die von dazu nicht ausgebildeten Lehrkräften gegen deren Willen erteilt werden *müssen*, vermittelt mit unerprobten Lehr- und Lernmethoden. Und schliesslich hätten Lehrerinnen und Lehrer endlich ein Recht zu erfahren, wie sie den zahlreichen neuen Herausforderungen von aussen (multikulturelle Gesellschaft, Informationsflut, Wohlstandsverwahrlosung, Verlust ethischer Werte etc.) begegnen sollen.

Dies käme einem Totalumbau ebenfalls nahe. Er müsste aber schrittweise erfolgen und stets die Anliegen von Auszubildenden («Recht auf Lernen») und Gesellschaft im Auge behalten, wozu auch die Wirtschaft zählt. Die Anpassung des Erziehungswesens ist ein dauernder Prozess, der demokratisch geführt werden soll und nicht an «professionelle Berater» delegiert

werden kann. Das setzt voraus, dass wir uns zunächst darüber klar werden, was letztlich wichtig ist.

Was die Regierung dem Aargauer Volk in den nächsten 10 Jahren an Umwälzungen im Schulsystem zumutet geht weit über alle bisherigen Reformen



und Umstellungen hinaus. Es bleibt sozusagen kein Stein auf dem andern. Insbesondere fallen auf: die flächendeckende Einführung von Tagesstrukturen, die neue Ressourcensteuerung nach Sozialindex und die finanziellen Auswirkungen. Es ist ein Mammutprojekt, das uns ab 2013 mind 300 Mio Franken mehr pro Jahr kosten wird.

Man kann der Aargauer Bildungsdirektion viel nachsagen, aber passiv ist sie nicht. Die Verlängerung der Primarschule und die Verkürzung der Schulzeit bis zur Matur, trifft wohl zuallererst das Aargauische Kulturmerkmal, die Bezirksschule. Sie wird schleichend abgeschafft. Ferner trifft die Strukturänderung die Lehrlinge aller Berufe, die ihre Erstausbildung später als die Maturanden ihre Ausbildung beenden. Harmonisierung ohne klar erkennbaren pädagogischen Nutzen wird ein Schlag ins Wasser sein. Zielgrösse muss die Qualität bleiben.

Für die flächendeckende Einführung der Eingangsstufe ist mit einem zusätzlichen Raumbedarf von mindestens 50% zu rechnen. Trotz Wegfall von Einschulungs- und Kleinklassen wird die Bereitstellung des Raumbedarfs für die Gemeinden aus meiner Sicht schwierig sein, zu einer grossen Herausforderung und zu einem nicht zu unterschätzenden Kostenfaktor. Mit einer früheren Einschulung wird insbesondere die wichtige Sozialisierungsfunktion der Familie zu wenig berücksichtigt. Vermittlung von Sozialkompetenz, emotionaler Reife und Erziehung hat primär in der Familie stattzufinden. Die Schule ist kein Ersatz für diese wichtige Aufgabe.

In diversen politischen Vorstössen zum Thema der Tagesstrukturen an der Schule wurde der Bedarf nach solchen Leistungen nicht verneint. Das daraus erwachsende «Bottom-up-Prinzip» muss aber strikt eingehalten werden. Der Planungsbericht geht hingegen von einer stark zentralistischen flächendeckenden top-down-Regelung aus, die die föderalistische Struktur des Kantons nicht berücksichtigt.

### Neue Ressourcensteuerung:

Es werden pro Gemeinde Sozialindices geschaffen u.a.:

- Ausländerquote
- Wohnformquote
- Sesshaftigkeitsquote der Einwohner
- Arbeitslosenquote

Je nach dem Gesamtergebnis dieser Indices wird Geld verteilt (total gegen 100 Mio jährlich), und zwar nach der Regel: Je schlimmer, desto mehr Geld!

Also zum Beispiel: Oberbözing und Mutschellenhügel erhalten nichts, Spreitenbach und Umgebung viel. *Wenn man Gemeinden mit negativer Sozialstruktur Geld zufließen lässt, mildert man deren Anzeiz, etwas dagegen zu tun. Man macht also mit Steuergeldern Erhaltungspolitik der negativen Sozialstruktur. Ist es überhaupt sinnvoll, mit Geld Eingriff in die Wertestruktur der Gesellschaft nehmen zu wollen? Müsste man da nicht wesentlich tiefer greifen?*

*Man stelle sich einmal vor, wie die Gemeinden und die Öffentlichkeit, die Datenschützer, die Volksvertreter, die Rassismuskommission etc. reagieren würden, wenn da ein kantonales Bildungsdepartement sich anmassiert, über jede der 229 aargauischen Gemeinden einen «Verluderungsindex» zu verhängen!*

Wir leisten uns Bildungsausgaben von etwa 6 Prozent des Bruttosozialprodukts. Damit liegen wir im europäischen Durchschnitt. Der Kanton wendet rund 20 Prozent netto seines Budgets dafür auf, die Gemeinden weit höhere Sätze!

Niemand will an der Bildung «sparen», aber es kann gefordert werden, dass sie den Nutzen dieses Aufwandes erbringt. Dies scheint heute nicht zu stimmen. Wir tun gut daran zu fragen, ob die Kosten tatsächlich für die Qualität im Unterricht und nicht für Strukturänderungen aufgewendet werden.

Die Reformen kosten abgesehen von der Einführung von dreistellige Millionenbeträge jährlich. Diese Zahlen sind tief kalkuliert, sprechen doch Gemeinden von viel höheren Personalkosten, weil die Pensenvergrößerungen, die Aufhebung von Sonder-, Klein- und Halbklassen und die zusätzlich verlangte breitere Integration von sonderpädagogischen Fällen unmöglich mit den heutigen Lehrerzahlen erbracht werden könnten. Dazu kommt die Tatsache, dass die Mehrinvestitionen an Schulräumen sowohl für die Grundstufe, für die Blockzeiten, für die zusätzliche Betreuung und Tagesstrukturen noch nicht errechnet wurden. Das Fuder ist in der unterbreiteten Form hoffnungslos überladen und wird keines unserer Qualitätsprobleme an der Schule lösen.

## Armee 08/11 - Verzicht auf Verteidigung ?

Rudolf Burger, Burg

Die Armeepaner haben den Respekt vor dem Volk und vor dem Parlament verloren. «PRO MILITIA», die Zeitschrift des gleichnamigen Vereins zur Erhaltung und Förderung der Miliz schreibt in ihrer Ausgabe vom 19.3.07: «Mit der Armee 08/11 werden die Beschlüsse des Volkes und des Parlamentes zur Armee XXI fundamental in Frage gestellt. Was war dem Volk ihm Rahmen der Armee XXI versprochen worden? In einem Satz: Eine leistungsstarke Verteidigungsarmee, die in der Lage ist, auch andere Aufgaben (z. B. Bewachungen) zu erfüllen.

Doch mit dem Reformschritt 08/11 soll eine Zweiklassenarmee entstehen, wobei die Verteidigungskomponente auf einen sogenannten Aufwuchskern von ca. 20'000 Mann reduziert werden soll. (Niemand wird im Ernst daran glauben, dass in einer Krisensituation aus diesem Aufwuchskern in nützlicher Frist eine eigentliche Verteidigungsarmee auf die Beine gestellt werden kann...)

Das Gros der Armee 08/11 soll als reine Bewachungsarmee ausgebildet und ausgerüstet werden. Dieser Teil der Armee ist für Verteidigungsaufgaben nicht einsetzbar.

Auch wenn am Konzept der Armee 08/11 noch einige Verbesserungen angebracht werden, so bleibt die Tatsache bestehen, dass mit dieser Armee eine Landesverteidigung, die diesen Namen verdient, ausgeschlossen ist. Auf die Fähigkeit mindestens besonders kritische Punkte wirkungsvoll schützen zu können ist beispielsweise mit der Auflösung der Flughafenregimenter ein ähnlicher Abbau schon im Jahr 2004 verzichtet worden.


**Das VBS hat das Augenmass verloren**  
Ein Beispiel, dass die neuen Armeepaner die allerwichtigsten Sicherheitsbedürfnisse in ihren Konzepten

vernachlässigen, ist die Auflösung der Flughafenregimenter. Diese spezialisierten Einheiten boten Gewähr für einen raschen und effektiven Schutz der besonders gefährdeten Flughäfen. Die leider aufgelösten Flughafenregimenter waren imstande, innert Stunden die Sicherung der Flughäfen von Zürich, Bern und Genf sicherzustellen.

Bei einer Alarmübung im Herbst 2005 zeigte es sich, dass die Armee für die gleiche Aufgabe 5 Tage brauchte – ein lamentables Resultat. Nicht nur im Hinblick auf den Zeitbedarf, sondern auch in organisatorischer und ausbildungstechnischer Hinsicht traten gravierende Mängel auf.

Die Frage steht im Raum, wann ist genug Geschirr zerschlagen, bis endlich die sich bürgerlich nennenden Parteien CVP und der FDP erinnern, was sie ihren Wählern bei ihrem Einsatz für die Armee XXI versprochen haben?

Was muss noch passieren, bis der Ernst der Stunde endlich wahrgenommen wird?



Aus einer Werbung für Mercedes-Benz in Deutschland  
(nicht etwa in der Türkei):

**BYRAM kutlamasi için biz de hazırlanıyoruz !**

Zu deutsch: Wir wünschen unseren türkischen Freunden in Deutschland alles Gute zum Opferfest und lassen sie wissen, dass wir stets an ihrer Seite sind !

WW

# Energie - Schlachtfeld der Meinungen

Rudolf Burger, Burg

Energie, vor allem Elektrizität ist der Motor, der unsere Wirtschaft und darüber hinaus unsere Zivilisation in Gang hält. Der Kampf um eine genügende Energieversorgung bekommt existenzielle Bedeutung. Der Kampf um die noch vorhandenen Öl- und Gasvorkommen spitzt sich zu. Unser Land war bis heute in der Lage, die steigenden Strombedürfnisse mit eigenen Werken zu befriedigen - und dies mit einer weitestgehend CO<sub>2</sub>-freien Produktion von Wasser- und Kernkraft. Von diesen beiden Energiequellen werden wir bis weit in das 21. Jahrhundert hinein abhängig bleiben.

## Zauberwort erneuerbare Energie.

Die Suche nach neuen, wenn möglich sauberen Energiequellen ist in vollem Gang. Doch auf diesem Feld überwuchern Wunschvorstellungen sehr oft die Realitäten. Vor allem werden völlig unrealistische Zahlen über Sonnen- und Windenergie herumgeboten, Zahlen, die nicht selten um das Hundertfache über der Realität liegen. Die Suche und Entwicklung von erneuerbarer Energie ist ein Weg mit vielen Haken, denn:

1. Die Potentiale der alternativen Energien werden überschätzt
2. Auch erneuerbare Energie hat ihre Schattenseiten
3. Staatliche Energielenkung ist wenig effektiv.

Die Einsicht, dass es keine erneuerbare Energiequellen ohne schädliche Nebeneffekte gibt, ist schmerzlich. Wenn erneuerbare Energiequellen in grossem Stile genutzt werden, belasten sie die Umwelt nicht minder als die konventionellen Techniken.

## Biotreibstoff mit Schattenseiten

Sollen Biogase und Biodiesel eine tragende Rolle in der Energieversorgung einnehmen, müssten die Bauern riesige Felder in der Grösse von mittleren Kantonen z.B. mit Raps bepflanzen, wobei Raps ökologisch schlecht abschneidet, da Raps einen hohen Einsatz von Pestiziden und Düngern erfordert. Der Anbau von Zuckerrohr zur Gewinnung von Ethanol, der in Brasilien vorangetrieben wird, geht auf Kosten des Regenwaldes (Abholzung im Grossmasstab) und zu Lasten der Nahrungsmittelproduktion. Brot gegen Benzin ist eine neue Konfliktlinie, die in Mexiko (Demos gegen Verdoppelung der Maispreise) oder in Indonesien (teureres Palmöl für den Tank) zu ersten Ausbrü-

chen geführt hat.

## «Grüne Energie» als Totschläger

Windenergieanlagen kosten tausenden von Fledermäusen und Vögeln das Leben und bewirken gleichzeitig eine Verschandelung der Landschaft. Die Umsetzung von Sonnenstrahlen in Wärme (Kollektoren) und in Strom (Fotovoltaik) stagniert. Alle bisherigen solaren Energiebilanzen verharren im negativen Bereich. Der Zuwachs des Elektrizitätsverbrauchs war im Jahr 2005 3,5-mal höher als die Zunahme der Bevölkerung.

## Fakten zur Stromversorgung: (2005, BFE)

Stromproduktion	Anteil %
Wasserkraft	56.60
Kernkraft	38.00
Abfälle, Kehrlicht, Holz, Gas	5.40
Solarzellen	>0.02
Windkraft	>0.01

Diese Aufstellung zeigt, dass die Solar- und Windenergie-Gewinnung noch einen weiten Weg vor sich hat, bis sie zu einem nennenswerten Energiefaktor wird. Die Betreiber von Solar- und Windanlagen vermeiden es konsequent, bei Produktionsangaben ihren Anteil an der gesamten Stromproduktion zu beziffern. Ausserdem ist zu beachten, dass die Sonne nicht immer dann scheint und der Wind nicht immer dann bläst, wenn der Strom gebraucht wird.

Der Wirkungsgrad von Wind- und Sonnenkraftwerken ist noch immer bescheiden: Geht man von einem gesamten Stromverbrauch von total 56397 Mio kWh aus, so produzierte davon das Kernkraftwerk Mühleberg 5,312%, das grösste Windkraftwerk im Jura 0,016% und die grösste Solaranlage auf dem Stade de Suisse 0.001%...

Allein um das kleine Atomkraftwerk Mühleberg zu ersetzen, müssten etwa 332 weitere Windkraftwerke, wie das grösste im Jura, gebaut werden. Selbst wenn in den nächsten Jahren die Stromproduktion von Wind- und Sonnenkraftwerken verzehnfacht werden könnte, würde deren Beitrag zur Stromversorgung noch unter einem Prozent liegen. Die in dieser Zusammenstellung verwendeten Fakten und Zahlen stammen zum einen Teil aus der «Weltwoche», zum andern aus einem Artikel von Werner Pflanzler, EL-Ing HTL.

## Zukunft

Die nackten Zahlen beweisen, dass eine

gesicherte Stromversorgung ohne Kernkraft nicht möglich ist. Die bestehenden Kernkraftwerke müssen ersetzt werden und womöglich muss ihre Zahl erhöht werden.

Die Gegner der Kernkraft propagieren als Übergangslösung den Bau von Gaskraftwerken. Doch Gaskraftwerke produzieren zusätzliches CO<sub>2</sub> und führen zur Abhängigkeit von Gaszufuhren, die keineswegs gesichert sind.

Die Tatsache, dass unser Energieminister Moritz Leuenberger heute den Bau neuer Kernkraftwerke nicht mehr ausschliesst, zeigt, dass der Sinn für die Realität auch bei den grössten Gegnern der Kernkraft im Wachsen ist.

Heutige Kernkraftwerke sind in Bezug auf Sicherheit und Leistung nicht mehr vergleichbar mit den sowjetischen RBMK-1000-Werken, die zur Katastrophe von Tschernobyl führten. Der Unterschied zwischen dem Reaktor von Tschernobyl und einem heutigen Siede- oder Druckwasser-Reaktor ist grösser als der Unterschied zwischen einer alten Dampflokomotive und einem modernen elektrischen Triebfahrzeug.

Der Kernkraftbau hat weltweit seit 1975 stetig zugenommen - folgende Zahlen verdeutlichen dies:

1975	1988	2004	im Bau
175	429	445	32

Deutschland beschloss den Ausstieg aus der Kernenergie. Es bemüht sich, die bisher durch Kernkraftwerke erbrachte elektrische Energie durch Windkraft und Sonnenenergie zu ersetzen. Bis Ende 2005 waren in Deutschland 17'574 Windenergieanlagen im Betrieb, damit könnten im besten Fall 6,5 % des Stromverbrauchs gedeckt werden. Der Ausstieg aus der Kernenergie kommt Deutschland teuer zu stehen. Die deutschen Verbraucher zahlen zusätzlich zum eigentlichen Strompreis eine Stromsteuer von 6,6 Mia. Euro, nach dem «Erneuerbaren-Energien-Gesetz» zusätzliche 2,7 Mia. Euro und für alternative Anlagen 2, 0 Mia. Euro...

Als Folge davon musste beispielsweise die Hamburger Aluminiumhütte wegen der hohen Stromkosten geschlossen werden; Preissteigerung in den letzten 2 Jahren: Über 50 %...

# EU führt zu Sklavenlöhnen

Werner Wassmer, Aarau

Eine Stimme aus dem jüngsten Mitgliedsland, Rumänien:

Der rumänische Priester Pater Don Demidoff ist auch in der Schweiz nicht ganz unbekannt, er hat eine grössere Anzahl von Empfängern für sein anerkennungswertes Hilfswerk für die Ärmsten der Armen in Rumänien geschaffen, die Strassenkinder. Er sieht den Beitritt seines Heimatlandes zur EU sehr kritisch und meint: «In Wirklichkeit braucht die EU uns, die rumänischen Bodenschätze, die Sklaven-Arbeitslöhne, das Land als militärische Schutzzone vor dem russischen Löwen und die wunderbare unberührte rumänische Natur.

Weißt denn Brüssel wirklich, wie es in Rumänien aussieht? Täglich kommen hochkarätige Delegationen ins Land. Sie bewegen sich in den teuren Hotels, schreiten von einem Empfang zum anderen und verlassen die asphaltierten Straßen nicht. Waren die schon einmal in einem einzigen Dorf am Ende der Welt, in dem es keine Asphaltstraßen gibt und höchstens einen staubigen Weg zurück? Haben die schon mal die schmutzige, zerfurchte, gekrümmte Hand eines Zigeuners gedrückt oder «Coca» von seinem Herd gekratzt? (Mehl mit Wasser direkt auf der Herdplatte gebrannt). Haben die hohen Herren und Damen schon mal in einem einzigen rumänischen Durchschnittskrankenhaus nur eine einzige Nacht verbracht? Wissen die, daß es in den meisten Dörfern kein Trinkwasser und schon gar keine Kläranlage gibt?

Sie werden mit ihren Fabriken kommen und die rumänischen «Sklaven» noch weiter ausbeuten. Die Preise werden noch weiter steigen und die Löhne werden dort hängen bleiben, wo sie jetzt hängen.

Und wehe, die Rumänen werden anständige Löhne fordern! Dann wird man die Fabriken schließen, so wie man sie in Deutschland und sonstwo in Westeuropa brutal geschlossen hat, und man wird weiterziehen zum nächsten Sklavenvolk, das bereit ist,

sich ausbeuten zu lassen. Zudem wird man die hiesige Natur vergewaltigen und für die Tourismus-Industrie von den Karpaten bis zum Schwarzen Meer zubetonieren.

Wann wird die Günstlings- und Vetternwirtschaft eingestellt? Niemals. Und die vielen falschen gekauften Expertisen. Und die krankhafte Gesetzesflut. Und die unglaubliche Bürokratie, die jegliche Initiative, wie schon im Kommunismus, im Keim erstickt. Und die Unfähigen und geistig Unterbemittelten, die in Positionen landen, die für Menschen ohne Beziehungen unerreichbar sind, wie schon einmal erlebt!»

Pater Don schliesst:

«Reiche Menschen und Postkommunisten müssen in Rumänien nicht ins Gefängnis, sie haben sich mit Milliarden bereichert. Die Armen jedoch, die einen Sack Kartoffeln stehlen, weil ihre Kinder hungern, gehen oft jahrelang ins Gefängnis, geschlagen, vergewaltigt und vergessen!»

## Splitter

### A propos EU

Interessant zu wissen, was der deutsche Altbundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog unlängst sagte:

«84 % aller Gesetze werden von der EU vorgeschrieben. Es stellt sich die Frage ob man die Bundesrepublik überhaupt noch unbeschränkt als parlamentarische Demokratie bezeichnen kann?»

Da kann man sich auch fragen, wieso denn Deutschland noch 614 Bundestagsabgeordnete und 1'785 Landtagsabgeordnete braucht, alle mit hohen Löhnen, Spesen und fast einmaligen Vorsorgebezügen?

WW

## Splitter

### Selbstentmündigung

Wir beklagen die zunehmende Macht des Staates, doch wer trägt die Schuld an dieser verhängnisvollen Entwicklung?

Der Philosoph Leszecz Kolakowski:

«Mehr und mehr glauben wir, dass die Schuld dafür, dass wir nicht vollkommen glücklich sind, beim Staat liege, als ob es die Pflicht des allmächtigen Staates wäre, uns glücklich zu machen.»

Diese Einstellung nötigt auch den demokratischen Staat, immer mehr Aufgaben zu übernehmen, um den Bürger von Risiken zu entlasten. Daraus entwickelt sich ein kaum lösbarer Widerspruch: Indem der Staat den Bürger immer mehr von Risiken entlastet, schränkt er gleichzeitig den Entscheidungsraum des Einzelnen ein. Hermann Krings formuliert diesen Widerspruch pointiert: «Mit der fortschreitenden Verwirklichung des Sozialstaates fällt ein Stück der Freiheit, die dem vorrepublikanischen Staat abgerungen wurde, wieder an ihn als Sozialstaat zurück. Das neuzeitliche Freiheitsdrama nähert sich seiner Peripetie: Jeder weitere Schritt zu einer sozialen Vervollkommnung des Staates droht zu einer Verstaatlichung unserer Freiheit zu werden.»

Dr. Wolfgang Bergdorf, Privatdozent für politische Wissenschaften, in der NZZ

RB

## Impressum

Herausgeberin:

**Aargauische Vaterländische Vereinigung**

Postfach 2105, 5001 Aarau

Präsident: Andreas A. Glarner (056 633 9 633)

Redaktion: R. Burger, W. Wassmer, A. Glarner

Postcheck-Konto: 50-3832-2

Erscheint viermal jährlich

Druck: Rankwoog Druck AG, Trimbach

Abdruck unter Quellenangabe gestattet.